

Bezirksverwaltung Münster-Mitte
über Herrn Stadtbaurat Denstorff

Verbesserung von Sicherheit und Komfort für Rad- und Fußverkehr an der Steinfurter Straße

hier: Antrag Nr. A-M/00018/2023 der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Münster-Mitte vom 04.12.2023

Mit dem Antrag A-M/0018/2025 „Vorschlag zur Verbesserung von Sicherheit und Komfort für den Rad- und Fußverkehr; hier: Steinfurter Straße zwischen Lazarettstraße und Grevener Straße“ fordert die CDU-Fraktion die Bezirksvertretung Münster-Mitte auf, zu beschließen, dass *„die Verwaltung beauftragt [wird] zu prüfen, ob der stadtauswärts führende Radweg im angegebenen Verkehrsabschnitt auf den asphaltierten Bereich (bisher Sperrfläche und Rechtsabbiegerstreifen für Kfz-Verkehr) verlegt werden kann. Der bisherige Radweg in dem Bereich könnte als Fußweg umgewidmet werden.“*

Die Verwaltung nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Der betreffende Abschnitt der Steinfurter Straße gehört als Teil der Veloroute 2 Greven-Münster zum Fahrradnetz 2.0 der Stadt Münster. Ziel des Fahrradnetzes 2.0 ist es, ein lückenloses und hierarchisches Fahrradnetz für die Stadt Münster zu entwickeln und die bestehende Infrastruktur qualifiziert aufzuwerten. Im Zuge des Erarbeitungsprozesses wurden die Straßenabschnitte identifiziert, auf denen die höchsten Handlungserfordernisse bestehen. Hierzu zählt auch der in dem Antrag genannte Streckenabschnitt der Steinfurter Straße (vgl. Vorlage V/0493/2023).

Da die Handlungsempfehlungen insgesamt Streckenabschnitte mit einer Gesamtlänge von über 100 Kilometern umfassen, hat die Politik mit der Vorlage V/0456/2024 ein priorisiertes Umsetzungskonzept beschlossen. Damit wurde die Verwaltung zugleich beauftragt, zunächst das Maßnahmenprogramm der Priorität 1 umzusetzen. Aufgrund der indikatorenbasierten Bewertung wurde die hier genannte Streckenabschnitt der Steinfurter Straße nur der Priorität 2 zugeordnet und wird damit erst nachrangig betrachtet.

Da zudem die vorgeschlagene Umnutzung des Rechtsabbiegerstreifens zu einem Radfahrstreifen neue Konfliktsituationen innerhalb des Umweltverbundes schaffen würde – so müssten in die Busbucht einführende bzw. daraus ausführende Busse jeweils den Radfahrstreifen queren –, ist aus Sicht der Verwaltung eine perspektivische Überplanung des gesamten Straßenabschnittes einer derartigen ac-hoc-Maßnahme vorzuziehen.

Um dennoch kurzfristig eine Verbesserung im Bereich der bestehenden Bushaltestelle zu erzielen, plant die Verwaltung, die längs zwischen Geh- und Radweg verlaufende Pollerreihe zu entfernen und damit die Unfall- und Sturzgefahr für Radfahrende zu reduzieren.

gez. Gerd Rüller
Amtsleiter